4. Fazit

Im Vergleich zu den bisherigen gesetzgeberischen „Bemühungen“ macht der RegE einen großen Schritt in Richtung konventions- und unionsrechtskonformer Zustände. Die Ausdehnung des Anwendungsbereichs der Umweltverbandsklage trägt den Vorgaben des Art. 9 Abs. 3 AK Rechnung. Die mit Art. 9 Abs. 2 AK unvereinbare Beschränkung des Kreises der rügefähigen Vorschriften im Rahmen der Klagebefugnis wird aufgegeben. Der Wegfall der Präklusionsregelungen (nicht nur) im Anwendungsbereich der UVP- und IE-RL entspricht Art. 11 UVP-RL und Art. 25 IE-RL in der Auslegung des EuGH und geht sogar über deren Anwendungsbereich hinaus.

Bedenken sind freilich angebracht, soweit der RegE darauf abzielt, im Rahmen der Begründetheit den Kreis der rügefähigen Rechtsvorschriften – über eine Koppelung des Rechtsverstoßes an die Verbandssatzung – wieder einzuschränken. Dies ist mit Art. 9 Abs. 2 AK unvereinbar. Darüber hinaus bleibt abzuwarten, ob und mit welchen Änderungen der RegE nach Durchlaufen des parlamentarischen Verfahrens Gesetz wird. Die Entstehungs- und Änderungshistorie des UmwRG lässt insoweit „nichts Gutes“ erwarten. Da der Entwurf in dieser Form vom Kabinett verabschiedet worden ist, ist aber immerhin anzunehmen, dass das Unbehagen gegenüber der Umweltverbandsklage 10 Jahre nach Inkrafttreten des UmwRG der Einsicht gewichen ist, dass „halbherzige“ Lösungen dem völker- und unionsrechtlichen Anpassungsdruck nicht standhalten können.

BUCHBESPRECHUNGEN

DOI: 10.1007/s10357-016-3064-1

Planung von Standorten für Windkraftanlagen. Unter Berücksichtigung des Repowering von Windkraftanlagen und der BauGB-Klimanovelle 2011

Von **Matthias Spitz**. 227 Seiten, broschiert, Erich Schmidt Verlag, Berlin 2016, ISBN 9-783503-16626-8, 42,00 Euro.

Die planerische Steuerung der Windenergiegewinnung durch die Raumordnungs- und Bauleitplanung, insbesondere die Ausweisung sog. Konzentrationsflächen, gehört seit längerem zu den besonders intensiv diskutierten Themen des Umwelt- und Planungsrechts. Obwohl mittlerweile zahlreiche Leitentscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts sowie unzählige Beiträge aus dem Schrifttum vorliegen, können verschiedene Fragenkreise noch immer nicht als geklärt gelten. So ist namentlich die Diskussion um das vom Bundesverwaltungsgericht für die Konzentrationsflächenplanung geforderte „gesamträumliche Planungskonzept“ weiterhin im Fluss und die Einordnung verschiedener Belange als „harte“ oder „weiche“, „Tabu“-Kriterien noch offen. *Matthias Spitz* wählt für sein hier zu besprechendes Werk, eine von *Jan Ziekow* betreute Speyerer Dissertation, einen umfassenden Ansatz und möchte „die aktuell mit Windkraftplanungen verbundenen rechtlichen Fragen“ behandeln. Er spricht damit sowohl die bauleitplanerische als auch die raumordnerische Steuerung von Windenergieanlagen an, was angesichts der namentlich bei der Ausweisung von Konzentrationszonen vielfach vergleichbaren Probleme sachgerecht erscheint.

Nach einführenden Abschnitten über die Bedeutung der Windkraft als Energiequelle und die technischen Grundlagen der Windenergienutzung nimmt das zweite Kapitel über die bauplanungsrechtliche Steuerung von Windenergieanlagen den breitesten Raum ein (S. 29–116). Hier werden neben den Fragen der planerischen Einwirkung im eigentlichen Sinne zunächst auch solche Zulassungsebenen behandelt, namentlich die Reichweite der Privilegierung in § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB sowie die einer Zulassung von Windkraftanlagen ggf. entgegenstehenden Belange (z. B. Belange des Landschaftsschutzes, die Frage nach einer „optisch bedrängenden Wirkung“ von Windkraftanlagen etc.). Im Mittelpunkt stehen sodann die Steuerungsmöglichkeiten der Flächennutzungsplanung, insbesondere durch die Darstellung von Konzentrationszonen mit den Rechtswirkungen nach § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB. Neben anderen Anforderungen an die Konzentrationszonenplanung geht *Spitz* hier der Frage nach, wie der „substanzielle Raum“, welcher der Windenergie dem Bundesverwaltungsgericht zufolge zu verschaffen ist, bestimmt werden kann. Er schlägt hierfür einen „konsolidierte(n) Ansatz“ vor, der sich an den Vorgaben des EEG und des Unionsrechts zur Erzeugung erneuerbarer Energien orientiert und in Anlehnung an § 1 Abs. 3 EEG 2014 und Art. 3 und 4 der Richtlinie 2009/28/EG zur Förderung der erneuerbaren Energien eine räumliche Mindestgröße – prozentualer Anteil der auszuweisende Potenzialflächen am Planungsraum – sowie eine qualitative Mindestgröße – Bestimmung einer Mindestnenn-

leistung – fordert. Schwierigkeiten bereitet dieser Ansatz freilich bereits, weil die in § 1 Abs. 3 EEG enthaltene Zielsetzung, bis zum Jahr 2020 einen 18%-Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoenergieverbrauch zu erreichen, keine Differenzierung zwischen den verschiedenen erneuerbaren Energiequellen enthält und deshalb für die Begründung konkreter Flächenanteile für die Windenergie sowie für die auf diesen Flächen zu erreichende Nennleistung unergiebig sein muss. Dasselbe gilt mit Blick auf die unionsrechtlichen Vorgaben.

Das dritte Kapitel über die raumordnerische Steuerung der Windenergiegewinnung enthält zunächst Ausführungen zum Steuerungsauftrag der Raumordnung und zur Raumbedeutsamkeit (§ 3 Abs. 1 Nr. 6 ROG) von Windkraftanlagen, bevor die raumordnerischen Steuerungsinstrumente, insbesondere die Konzentrationszonenplanung durch Gebietsfestlegungen nach § 8 Abs. 7 ROG, einen Schwerpunkt bilden. Erörtert werden ferner u. a. die Zielqualität von windenergiebezogenen Soll-Vorgaben sowie besondere Regelungen zur Windenergieplanung in den Landesplanungsgesetzen, die verschiedentlich eigene Ansätze zum Verhältnis von Vorrang- und Eignungsgebietsausweisungen und damit vor allem zur Reichweite der außergebietslichen Ausschlusswirkung verfolgen (etwa § 11 Abs. 7 LPlG BW, § 12 Abs. 2 LPlG NRW). Überwiegend orientiert sich *Spitz* in diesem Kapitel an konsolidierten herrschenden Sichtweisen, während verschiedene noch im Fluss befindliche Debatten – bspw. der durch BVerwGE 118, 33, 44 ausgelöste Streit um eine sog. Global- oder eine sog. Detailabwägung privater Belange bei der regionalplanerischen Konzentrationszonenfestlegung (hierzu m. w. N. etwa *Bartram*, Die Ziele der Raumordnung, 2012, S. 266 ff.; *Schröter*, Die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit von Bauvorhaben im Außenbereich, 2013, S. 741 ff.) – nicht aufgegriffen werden.

Ein eigenes viertes Kapitel ist schließlich dem Repowering gewidmet. Hier steht die Bauleitplanung und damit die Analyse der §§ 9 Abs. 2 und 249 Abs. 2 BauGB ganz im Vordergrund. Ergänzt wird diese durch Ausführungen zur Absicherung der Planung durch städtebauliche und raumordnerische Verträge sowie durch eine Übersicht über verschiedene Repowering-Szenarien.

Bereits die Breite der behandelten, hier nur angedeuteten Themenkreise weist darauf hin, dass die Bearbeitung in dem von *Spitz* gewählten Format nur selten in die Tiefe gehen kann. Die argumentative Erörterung vieler Probleme bleibt an der Oberfläche; etliche Passagen haben eher rechtskundlichen Charakter und enthalten kaum eigene Stellungnahmen. Außerdem bildet die Darstellung den gegenwärtigen Stand der Diskussion vielfach nur unzulänglich ab. Zahlreiche wichtige jüngere Gerichtsentscheidungen, bspw. zur Qualifizierung von harten und weichen Tabukriterien, bleiben unberücksichtigt; ein Blick in das recht schlanke Literaturverzeichnis könnte den Eindruck vermitteln, die planerische Steuerung von Windkraftanlagen wäre ein nach 2011 im Schrifttum nur noch selten behandeltes Thema, wobei auch die ältere Literatur allenfalls ansatzweise ausgewertet wurde. Dieser Befund berechtigt nicht nur zur Kritik aus wissenschaftlich-handwerklicher Sicht, sondern stellt auch den Wert der Arbeit für den Praktiker, der schließlich über den aktuellen Stand von Rechtsprechung und Literatur informiert werden will, in Frage. Rechtfertigen ließe sich eine Befreiung vom Ballast des Vorgedachten allenfalls durch einen besonders innovativen Ansatz, der die Diskussion um die Windkraftplanung um eine gänzlich neue Perspektive erweitern würde. Einen solchen vermag ich jedoch in der Arbeit, die das Thema ja gerade in der Breite angeht, nicht auszumachen.

Dr. Boas Kümper, Wissenschaftlicher Referent am Zentralinstitut für Raumplanung an der Universität Münster, Münster, Deutschland